

# 7. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sonder- und Sommersession 2013



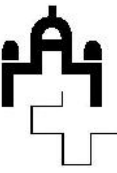
- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus

---

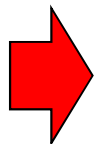
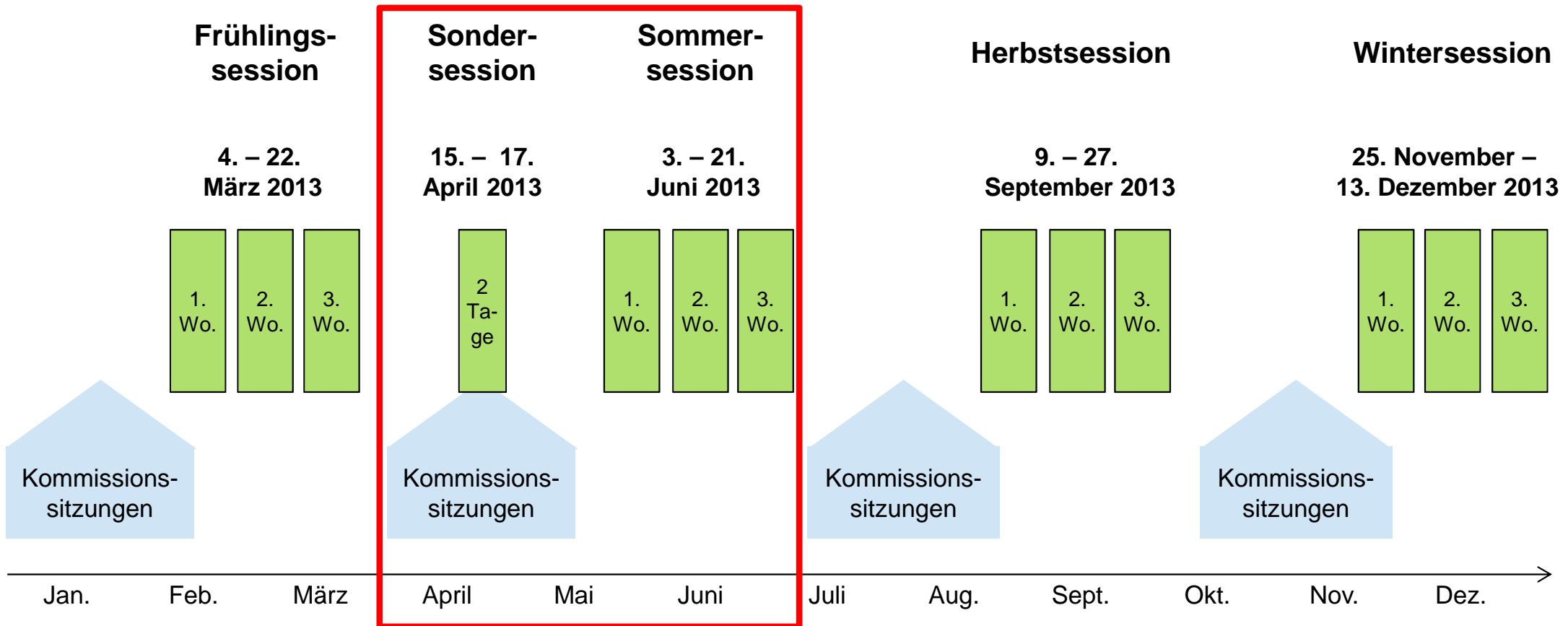
## **1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr**

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

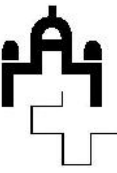
3. Besuch im Bundeshaus



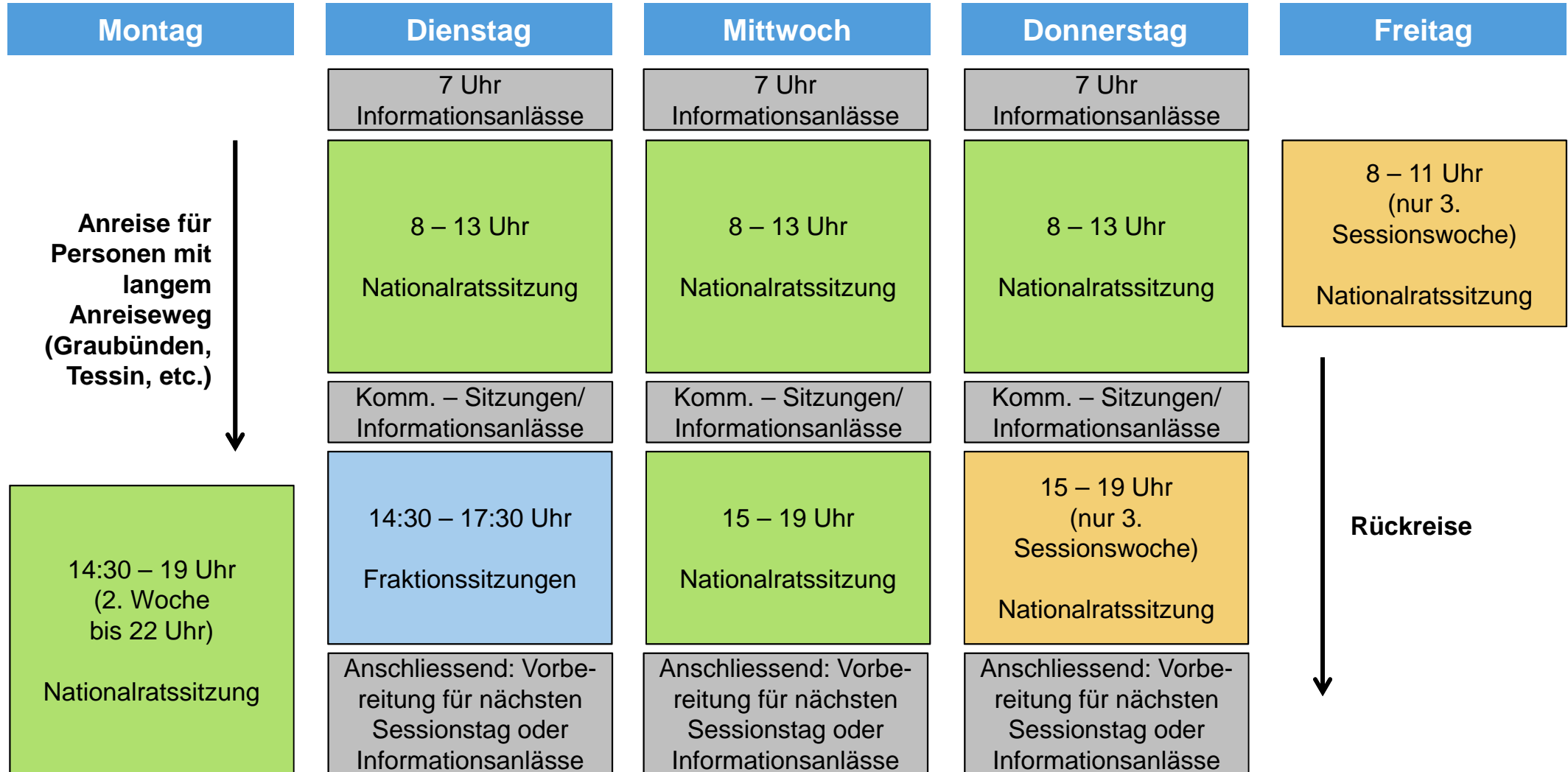
# In diesem Sessionsbericht informiere ich über die Sonder- und Sommersession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

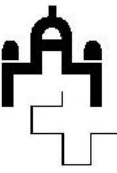


**Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissionssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt**

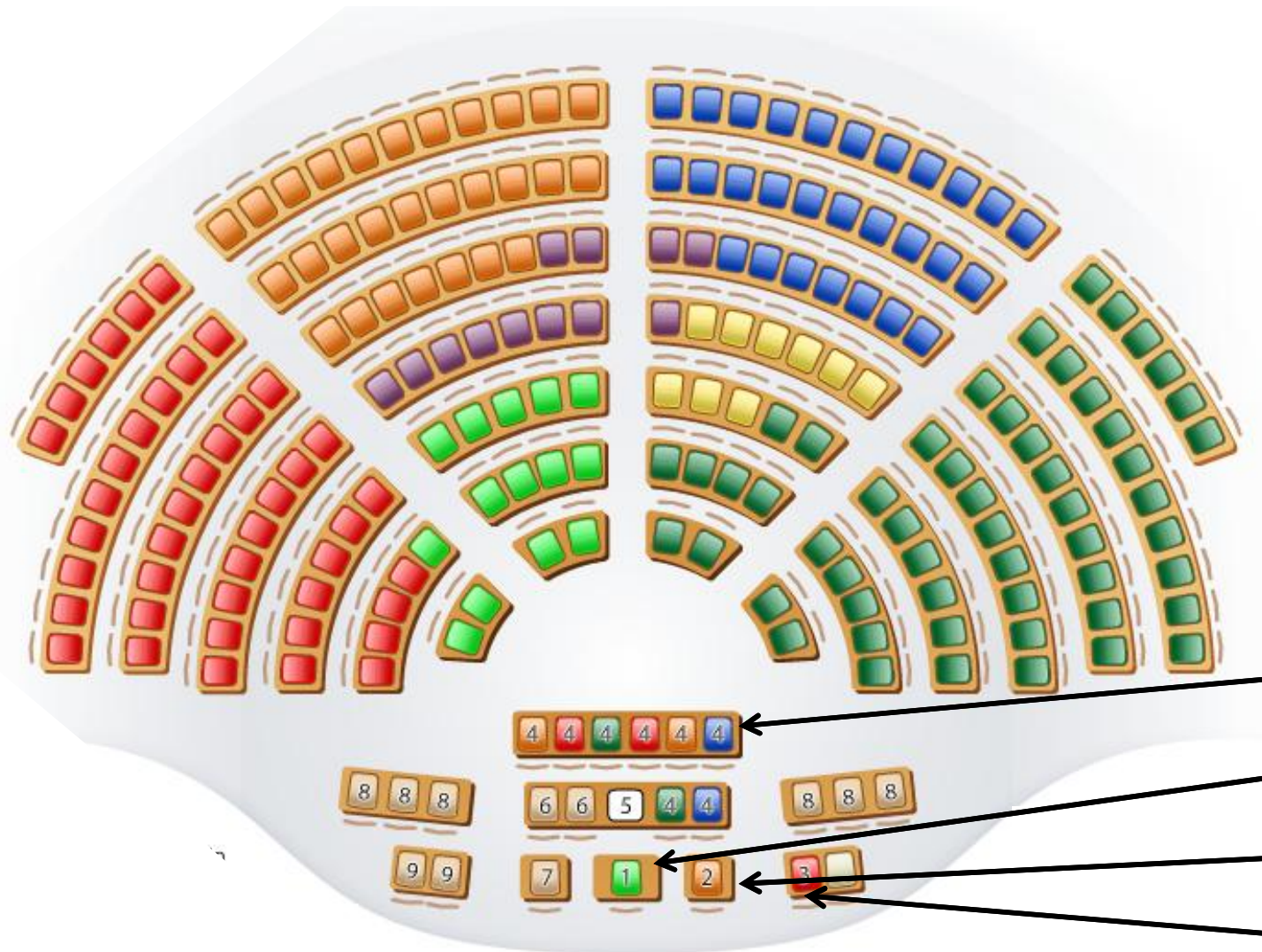


# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





# Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der Grünen Partei präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die CVP und die SP



Stärke der Fraktionen im National- und Ständerat		
<b>SVP:</b>	<b>62</b>	<b>(56/6)</b>
SP:	57	(46/11)
CVP/EVP:	44	(31/13)
FDP:	41	(30/11)
Grüne:	17	(15/2)
GLP:	14	(12/2)
BDP:	10	(9/1)
MCG:	1	(1/0)

8 Stimmenzähler

Präsident (Grüne)

1. Vizepräsident (CVP)

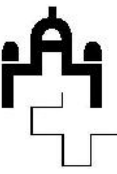
2. Vizepräsident (SP)

---

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

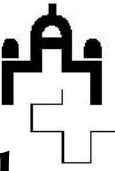
3. Besuch im Bundeshaus



# Die untenstehenden Geschäfte waren die bedeutendsten in der Sommersession und werden nachfolgend vertieft

- 1 Steuerstreit mit den USA
- 2 IV-Revision 6b
- 3 Finanzierung der Bahninfrastruktur (FABI)
- 4 Fluglärmvertrag mit Deutschland
- 5 Swissnes Vorlage
- 6 SVP Familieninitiative
- 7 SVP Masseneinwanderungsinitiative
- 8 Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAPG 2014)
- 9 Pädophilen-Initiative
- 10 Vereinfachung der Mehrwertsteuer
- 11 Diverse weitere Geschäfte

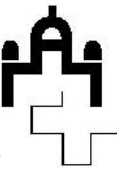




# Die USA werfen den Schweizer Banken vor, US Recht verletzt zu haben und fordern nun Bussen in Milliardenhöhe

## Worum es geht

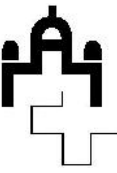
- Die USA werfen der Schweiz vor, in **Verletzung amerikanischen Rechts** US-Kunden bei der Umgehung amerikanischer Steuern behilflich gewesen zu sein.
- Erfasst sind nicht nur jene 14 Banken, gegen die in den USA bereits ein Strafverfahren eröffnet wurde (CS, Julius Bär, Zürcher und Basler Kantonalbank, etc.), sondern **alle Schweizer Banken**, die potenziell amerikanisches Recht verletzt haben.
- Seit ca. zwei Jahren finden Gespräche mit den amerikanischen Justiz- und Steuerbehörden über eine Beilegung des Steuerstreits statt.
- Der Bundesrat verhandelte anfangs über eine sogenannte **Globallösung**. Im Rahmen einer solchen Lösung hätten die Schweizer Banken eine Busse bezahlt, wäre anschliessend jedoch nicht mehr rechtlich belangt worden. Obwohl an den von-Wattenwyl Gesprächen noch so angekündigt, scheiterte die Globallösung erst vor wenigen Wochen (gemäss offizieller Begründung, aufgrund der Involvierung des Schweizer Parlaments).
- Anschliessend präsentierte der Bundesrat innert kürzester Zeit eine neue Lösung:
  - Die USA würden den Schweizer Banken ein **unilaterales Programm** zur Beilegung des Steuerstreits offerieren (inkl. Bezahlen einer Busse, Schuldbekennung, etc.).
  - Im Gegenzug würde die Schweiz die **Datenschutz- und die Mitarbeiterrechte rückwirkend aufweichen**, damit die Schweizer Banken die von den USA geforderten Daten liefern können.
  - Wichtigster Satz des vorgeschlagenen Bundesgesetzes ist Art. 1, Abs. 1: „Die Banken gemäss Bankengesetz vom 8. November 1934 werden ermächtigt, **allen Verpflichtungen nachzukommen**, die sich aus der Zusammenarbeit der Banken mit den Vereinigten Staaten von Amerika zur Bereinigung des Steuerstreits ergeben.“



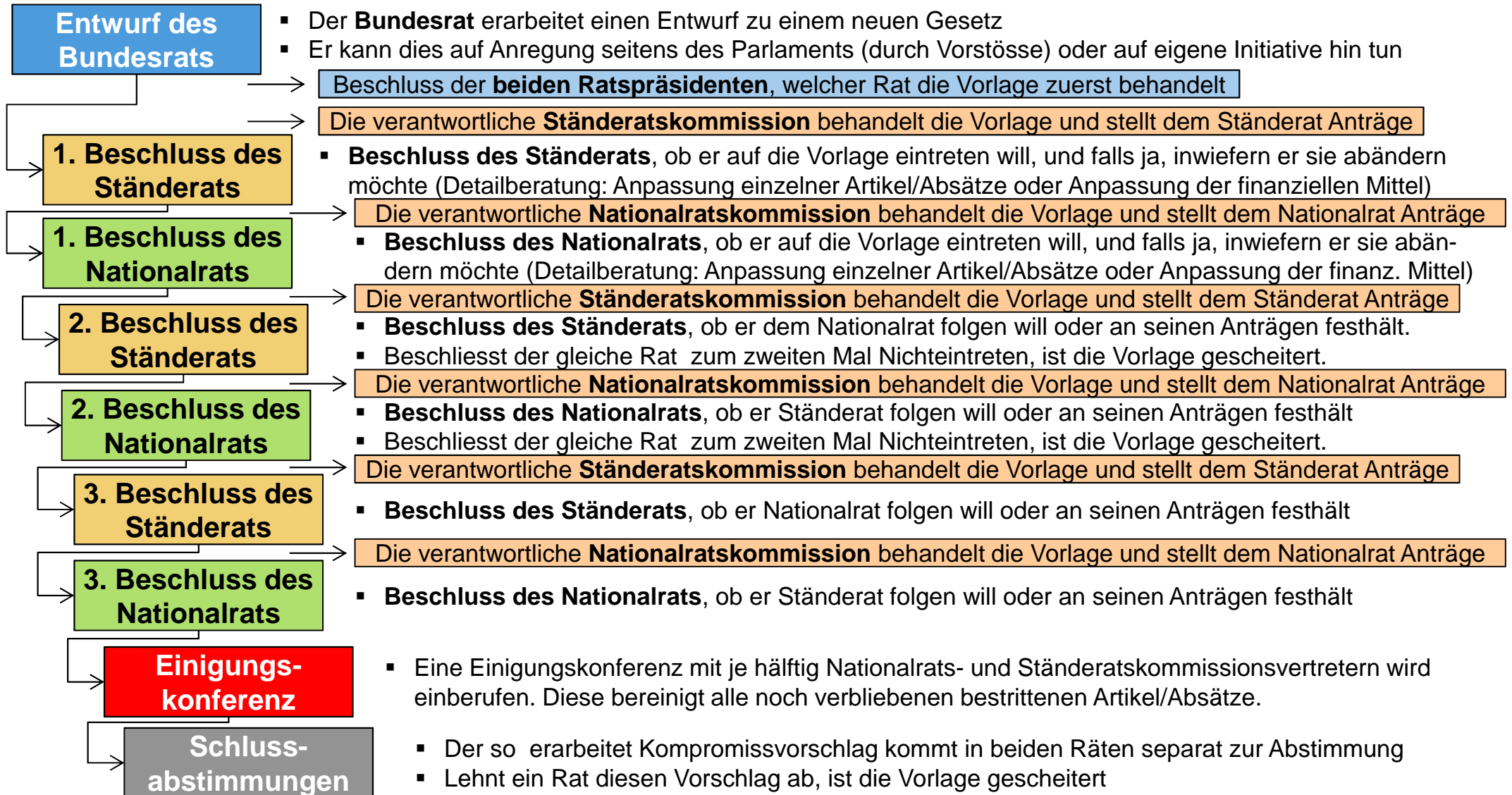
# Die SVP lehnt eine Erpressung durch die USA ab und befürchtet ähnliche Forderungen seitens Deutschland und anderen Ländern

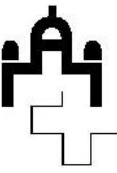
## Position der SVP

- Das von der Finanzministerin vorgeschlagene **dringliche Verfahren** für dieses Bundesgesetz lehnt die SVP ab: Das Parlament hat nicht genügend Zeit, um dieses Thema seriös und umfassend zu analysieren. Zudem wird die direkte Demokratie ausgehebelt, da ein Referendum nicht möglich ist.
- Viele Schweizer Banken hatten nie Mitarbeiter in die USA entsandt. Somit haben sie weder das in den USA geltende US-Recht, noch das in der Schweiz geltende Schweizer Recht verletzt. Dass die USA nun deswegen die Schweizer Banken bestrafen wollen ist **Erpressung durch eine Grossmacht** und widerspricht fundamentalen Rechtsgrundsätzen.
- Die **SVP kennt das „US-Programm“ nicht**, um dessentwegen das Parlament die Datenschutz- und die Mitarbeiterrechte rückwirkend aufweichen sollte – man würde also die „Katze im Sack“ kaufen. Auch dies lehnt die SVP ab.
- Gerüchten zufolge sollen die Schweizer Banken zu **Strafzahlungen zwischen 30 und 40 Prozent der Gesamtvermögen** von amerikanischen Steuerpflichtigen verpflichtet werden. Die SVP befürchtet, dass Deutschland, Frankreich und andere Länder nach einer Annahme dieses Bundesgesetzes ähnliche (ungerechtfertigte) Forderungen an die Schweizer Banken richten könnten. Angela Merkel hat sich diesbezüglich bereits mit den Worten zitieren lassen: „Und ich denke, dass wir das Beispiel der Schweiz und USA sehr wohl im Auge behalten.“ Solche Bussenhöhen würden aber für unzählige Schweizer Banken den Konkurs mit massiv schädlichen Auswirkungen für den Schweizer Finanzplatz bedeuten.



# EXKURS: Ein Geschäft kann bis zu dreimal zwischen National- und Ständerat hin und herwandern

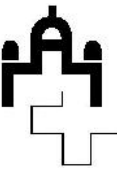




# Nach Ende der Beratungen im Ständerat sah es nach einem Ja zu diesem umstrittenen Geschäft aus

## Ergebnis in den Räten (1/2)

- **Montag, 1. Sessionswoche:** Zusammen mit den Fraktionspräsidenten nimmt Thomas Aeschi in Vertretung für den verletzten Adrian Amstutz für die SVP an der Sitzung mit drei Bundesräten teil. Neue Informationen werden den Parteivertretern keine präsentiert.
- **Montag, 1. Sessionswoche:** Im Nationalratsbüro wird ein SVP Ordnungsantrag auf die Behandlung im ordentlichen Verfahren (d.h. frühestens in der Herbstsession) abgelehnt.
- **Mittwoch, 1. Sessionswoche:** Ein Ordnungsantrag der SVP, die Vorlage vom Programm der Sommersession zu streichen, findet keine Mehrheit. Im Gegensatz findet jedoch ein SP Antrag eine Mehrheit, wonach das Steuerstreit-Gesetz nur dann behandelt wird, wenn der Nationalrat zusätzliche Informationen vom Bundesrat erhält.
- **Montag, 2. Sessionswoche:** Die vorberatende Kommission des Ständerats empfiehlt dem Ständerat, auf die Vorlage einzutreten, diese dann jedoch abzulehnen. Zudem schlägt die Kommission zahlreiche Anpassungen am Gesetzesvorschlag vor.
- **Mittwoch, 2. Sessionswoche:** Der Ständerat stimmt dem Gesetz entgegen dem Willen der SVP mit 24 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Am Entwurf des Bundesrats brachte die kleine Kammer mehrere Änderungen an. Die Parteien stimmen wie folgt:
  - Die CVP, die BDP, die GLP und die Grünen stimmen geschlossen mit einer Enthaltung dem Gesetz zu.
  - Die SVP, die FDP und die SP lehnen das Gesetz ab. Allerdings weichen viele Ständeräte von der Parteimeinung ab. Es sind dies: Pascale Bruderer Wyss (SP), Anita Fetz (SP), Paul Rechsteiner (SP) und Roberto Zanetti (SP), Christine Egerszegi-Obrist (FDP), Felix Gutzwiller (FDP), Hans Hess (FDP) und This Jenny (SVP).



# In der letzten Sessionswoche konnte jedoch eine Mehrheit von SVP, FDP und SP ein Nein zu diesem Gesetz erreichen

## Ergebnis in den Räten (2/2)

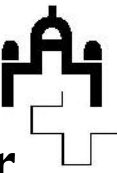
- **Donnerstag, 2. Sessionswoche:** Die vorberatende Kommission des Nationalrats empfiehlt dem Nationalrat deutlich mit 16 zu 9 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Gemäss Presseberichten sollen die SVP und die FDP geschlossen für Nichteintreten gestimmt haben, während auf Seite der SP 5 von 6 WAK Mitgliedern Nichteintreten unterstützt haben. Es findet somit keine Detailberatung der Gesetzesvorlage statt.
- **Dienstag, 3. Sessionswoche, Vormittag:** Der Nationalrat tritt im Sinne der SVP mit 126 zu 67 Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht auf die „Lex USA“ ein. Die SP, die FDP und die SVP blieben bei ihrem angekündigten Nein, Abweichler gab es nur wenige.
- **Dienstag, 3. Sessionswoche, Nachmittag:** Die vorberatende Kommission des Ständerats empfiehlt dem Ständerat weiterhin, auf die Vorlage einzutreten.
- **Mittwoch, 3. Sessionswoche, Vormittag:** Der Ständerat stimmt dem Gesetz entgegen dem Willen der SVP ein weiteres Mal zu. Dieses Mal noch deutlicher, mit 26 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung.
- **Mittwoch, 3. Sessionswoche, Mittag:** Die vorberatende Kommission des Nationalrats empfiehlt dem Nationalrat wiederum deutlich mit 16 zu 9 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten.
- **Mittwoch, 3. Sessionswoche, Nachmittag:** Die drei grössten Parteien (SVP, FDP und SP) folgen auch dieses Mal der vorberatenden Kommission im Nationalrat und weigern sich mit 123 zu 63 Stimmen bei vier Enthaltungen, auf das Gesetz zur Beilegung des Steuerstreits einzutreten. Das Gesetz ist mit dem zweiten Nichteintreten definitiv gescheitert. Der Nationalrat stellte sich aber hinter eine "parlamentarische Erklärung" des Ständerats, die den Bundesrat auffordert, das rechtlich Mögliche zu unternehmen, damit die Banken mit den US-Behörden zusammenarbeiten können.

1 Steuerstreit mit den USA

Während es bei der SVP keine und bei der FDP nur einen Abweichler gab, stimmten 7 SP Nationalräte für das Gesetz

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias		S	BE	Flach	=	GL	AG	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	+	RL	NE
Alenxian		S	BE	Fluri	+	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natale	+	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	François	+	RL	VD	Killer Hans	+	V	AG	Rikin Kathy	=	CE	ZH
Arnaudruz	+	V	GE	Frehner	o	V	BS	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amherd	=	CE	VS	Frevsinger	*	V	VS	Landolt	=	BD	GL	Ritter	=	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	=	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Aubert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	+	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Rösti	%	V	BE
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasche	=	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Gasser	=	GL	GR	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Bemasconi	=	S	GE	Germanier	+	RL	VS	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Majer Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gili	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Birrer-Helmo	+	S	LU	Girod	=	G	ZH	Markwalder	=	RL	BE	Schlafi	=	CE	SO
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Böhni	=	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Morgeli	+	V	ZH	Schwaab	=	S	VD
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brunner	+	V	SG	Gnin	+	V	VD	Müller Geri	*	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Sommanuga Carlo	+	S	GE
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	*	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	*	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Stiert	+	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altermatt	=	CE	SO	Stoiz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Mün	+	V	LU	Streff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	o	S	ZH	Thorens Goumaz	=	G	VD
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryck	+	CE	VD	Tomare	+	S	GE
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Nidegger	+	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschöppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	+	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	=	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	van Singer	=	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Herm	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Velkon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	=	BD	BE	Parmelin	+	V	VD	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pelli	*	RL	TI	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Hodgers	=	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Graffenried	=	G	BE
Estermann	+	V	LU	Huber	+	RL	UR	Pezzatti	+	RL	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Humbel	o	CE	AG	Pfister Gerhard	o	CE	ZG	Voruz	+	S	VD
Favre Laurent	+	RL	NE	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfefer	+	V	BE	Walter	+	V	TG
Fehr Hans	+	V	ZH	Hurter Markus	+	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	*	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	=	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	=	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Weibel	=	GL	ZH
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wermuth	+	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	=	G	NE	Regazzi	=	CE	TI	Wobmann	+	V	SO
Flala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo									
	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.	
+ Ja / oui / si	2			4	28	38	50	1	123	
= Nein / non / no	26	9	11	9	1	7			63	
o Enth. / abst. / ast.	2					1	1		4	
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							2		2	
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1		1	1	1		3		7	
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1	



# Die IV-Revision 6b scheiterte am Widerstand der Linken und der CVP

## Worum es geht

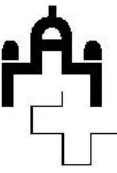
- Im Jahr 2009 stimmte das Volk einer auf sieben Jahre befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozent zu. Damit erhält die IV pro Jahr 1.1 Milliarden Franken zusätzlich. Verbunden mit dieser Erhöhung war das Versprechen, die jährlichen Ausgaben bei der IV um 800 Millionen Franken zu senken.
- Aufgrund des Widerstands der Linken und der CVP verringerte sich das Sparvolumen von ursprünglich 800 Millionen Franken auf nur noch 40 Millionen Franken.

## Position der SVP

- Die SVP lehnt die IV-Revision 6b ab, da nach unzähligen Streichungsbegehren seitens der Linken und der CVP in der Vorlage kaum noch Einsparungen verblieben.

## Ergebnis in den Räten

- Bei der Differenzbereinigung der 6. IV-Revision hat der Nationalrat in wesentlichen Punkten an seinen Forderungen festgehalten. Entgegen dem Willen der SVP hält er daran fest, bereits bei 70% Invalidität eine volle Rente auszubezahlen. Im Sinne der SVP hält er auch fest, keine Schuldenbremse, also keine automatische Erhöhung des Beitrages bei negativer IV-Rechnung, einzuführen. Die Vorlage geht nun in die Einigungskonferenz.
- Der Nationalrat votierte mit 110 zu 72 Stimmen bei 5 Enthaltungen dafür, den zweiten Teil der 6. IV-Revision (11.030) abzuschreiben. Die SVP unterstützte diesen Vorschlag der Einigungskonferenz, da die noch verbleibende Vorlage praktisch keine Einsparungen mehr gebracht hätte. Ziel der Revision war es, die IV zu entschulden und das Rentensystem zu modernisieren. Obwohl der Ständerat das Geschäft nicht abschreiben, sondern zurück in die Einigungskonferenz schicken wollte, ist dieses nun erledigt.



# Der Ständerat erweiterte FABI so weit, bis fast für jeden Kanton eine Bahninfrastruktur aus Bundesgeld bezahlt wurde

## Worum es geht

- Mit dem Paket "Finanzierung der Bahninfrastruktur" (FABI) will der Bundesrat die VCS-Initiative "Für den öffentlichen Verkehr" bekämpfen. Der Hauptpunkt der Vorlage ist ein neuer Bahninfrastrukturfonds (BIF), welcher als einziger und unbefristeter Fonds künftig den Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Bahninfrastruktur finanzieren soll.
- Der Ständerat beschloss den Fahrkostenabzug bei der Bundessteuer zu reduzieren.
- Weiter beschloss der Ständerat ohne Gegenstimme eine deutlich umfangreichere und teurere Ausbauvariante der Bahninfrastruktur. Der Bundesrat wollte bis zum Jahr 2025 Bahnprojekte von 3,5 Mrd. CHF realisieren. Der Ständerat beschloss für gesamthaft 6,4 Mrd. CHF Bahnprojekte zu realisieren. Finanzieren will der Ständerat diese teurere Variante mit einer Steuererhöhung bei der Mehrwertsteuer um 0,1% ab 2018.

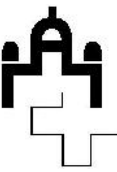
## Position der SVP

- Die SVP lehnt den Vorschlag, die bislang befristeten Einnahmen des Strassenverkehrs für den FinöV-Fonds neu unbefristet in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) fliessen zu lassen, ab. Damit wird die Zweckentfremdung der Strassenmittel in Milliardenhöhe zugunsten der Schiene zementiert und die Entwicklungsmöglichkeiten der Strasse massiv eingeschränkt
- SVP lehnte die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die knappe Verdoppelung der Bundesausgaben für Bahnprojekte ab.

## Ergebnis in den Räten

- Die grosse Kammer folgte entgegen dem Willen der Mehrheit der SVP dem Ständerat bei der Erhöhung auf 6,4 Mrd. CHF bis 2025. Zudem stimmte der Nationalrat dem neuen unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) zu und schuf eine Obergrenze für den Pendlerabzug von 3000 CHF.





# In der verabschiedeten Version wurde bereits der übernächste Ausbauschritt 2030 definiert

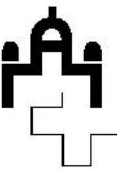
## Art. 1

<sup>2</sup> Dieser umfasst folgende Massnahmen:

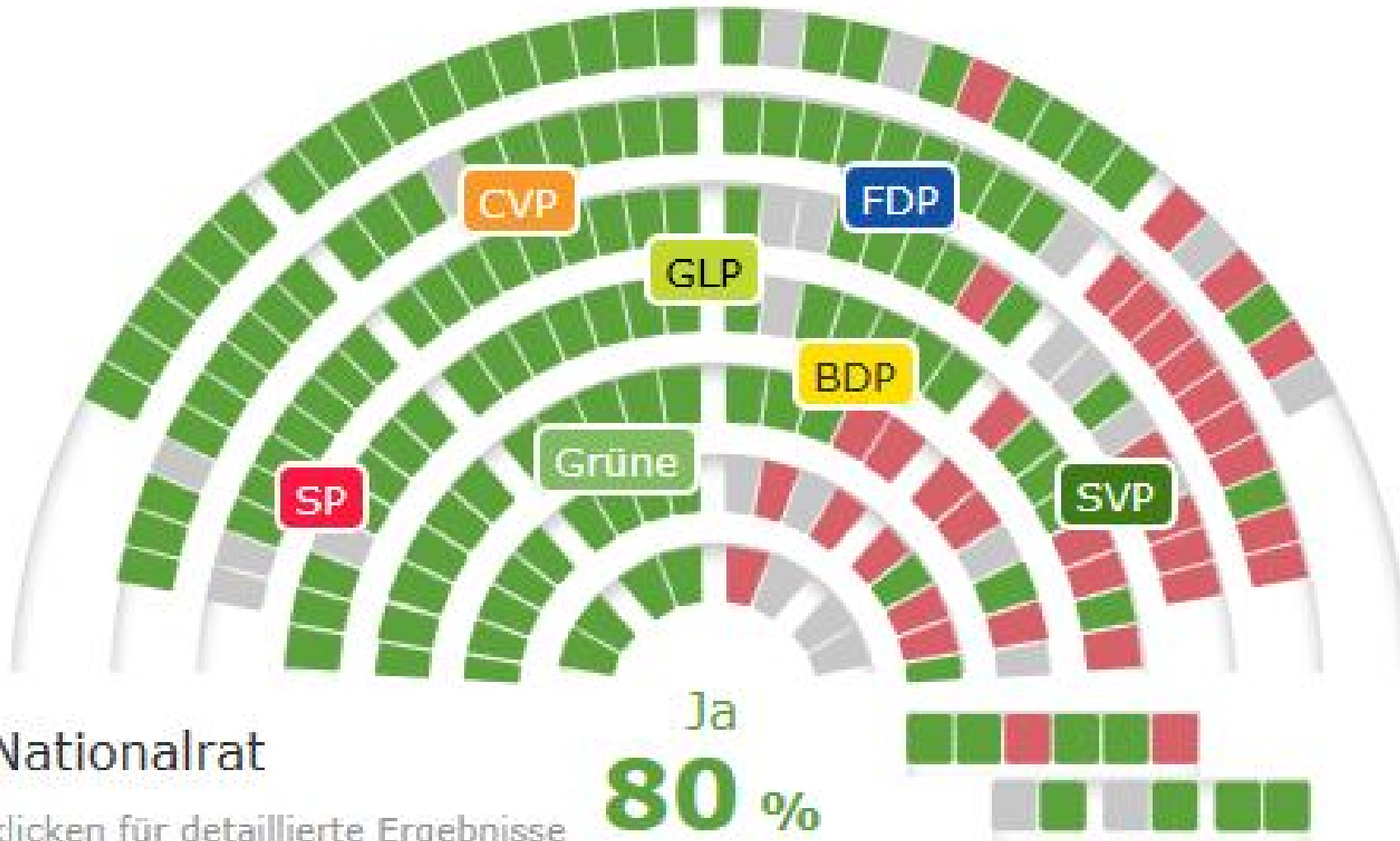
- a. Lausanne–Genf: Kapazitätsausbau;
- a<sup>bis</sup> Knoten Genf: Kapazitätsausbau;
- a<sup>ter</sup> Lausanne–Bern: Beschleunigungsmassnahmen;
- b. Ligerz–Twann: Kapazitätsausbau;
- c. Basel Ost (1. Etappe), Ergolzthal: Kapazitätsausbau; Pratteln: Entflechtung;
- d. Knoten Bern: Kapazitätsausbau;
- d<sup>bis</sup> Gümilgen–Münsingen: Kapazitätsausbau;
- e. Bern–Luzern: Leistungssteigerung;
- f. Zürich–Chur: Kapazitätsausbau;
- f<sup>bis</sup> Rapperswil–Mägenwil: Leistungssteigerung;
- f<sup>ter</sup> St. Gallen–Chur: Kapazitätsausbau;
- g. Contone–Tenero: Kapazitätsausbau;
- h. Lugano: Kapazitätsausbau;
- i. verschiedene Einzelinvestitionen;
- j. Vorbereitende Arbeiten für den nächsten Ausbauschritt (Studien, Projektierungen);
- j<sup>bis</sup> Projektierungen für Kapazitätsausbauten Aarau–Zürich, Zürich–Winterthur (Brüttenen), Thalwil–Zug (Zimmerberg), Zug–Luzern (Tiefbahnhof bzw. Durchgangsbahnhof) und für die Bahntechnik-Ausrüstung Ferden–Mitholz im Lötschberg-Basistunnel;
- k. betriebliche Anlagen;
- l. Privatbahnen (Beitrag für Leistungssteigerungen Vevey–Blonay, Luzern–Stans/Giswil, Landquart/Chur–Davos-St. Moritz, Zermatt–Täsch/Fiesch, St. Gallen–Rapperswil/Wil-Nesslau, Worblaufen–Solothurn, Reserven).

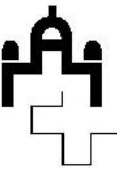
<sup>3</sup> Der Bundesrat legt der Bundesversammlung bis 2018 eine Botschaft für einen Ausbauschritt 2030 vor. Bis voraussichtlich 2030 werden insbesondere folgende Massnahmen realisiert:

- a. Kapazitätsausbau Aarau–Zürich–Winterthur;
- b. Kapazitätsausbau Luzern–Zug–Thalwil;
- b<sup>bis</sup>. Bahntechnik-Ausrüstung Ferden–Mitholz im Lötschberg-Basistunnel
- c. Behebung von Engpässen im Agglomerations- und Regionalverkehr sowie im Zugang zu Tourismusregionen;
- d. verschiedene Einzelinvestitionen zur Optimierung des Knotenprinzips und der Taktfrequenz;
- e. betriebliche Anlagen;
- f. vorbereitende Planungsarbeiten für den nächsten Ausbauschritt und die Studien für Basel-Mittelland (3. Juradurchstich), die Neubaustrecke Axen, Lausanne–Bern sowie weitere Projekte.



# Aufgrund regionaler Interessen stimmten auch einige SVP Nationalräte der FABI-Vorlage zu





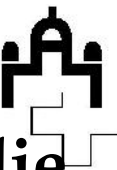
# Der Fluglärmvertrag mit Deutschland fand im Parlament eine Mehrheit – Deutschland verweigert jedoch die Ratifizierung

## Worum es geht

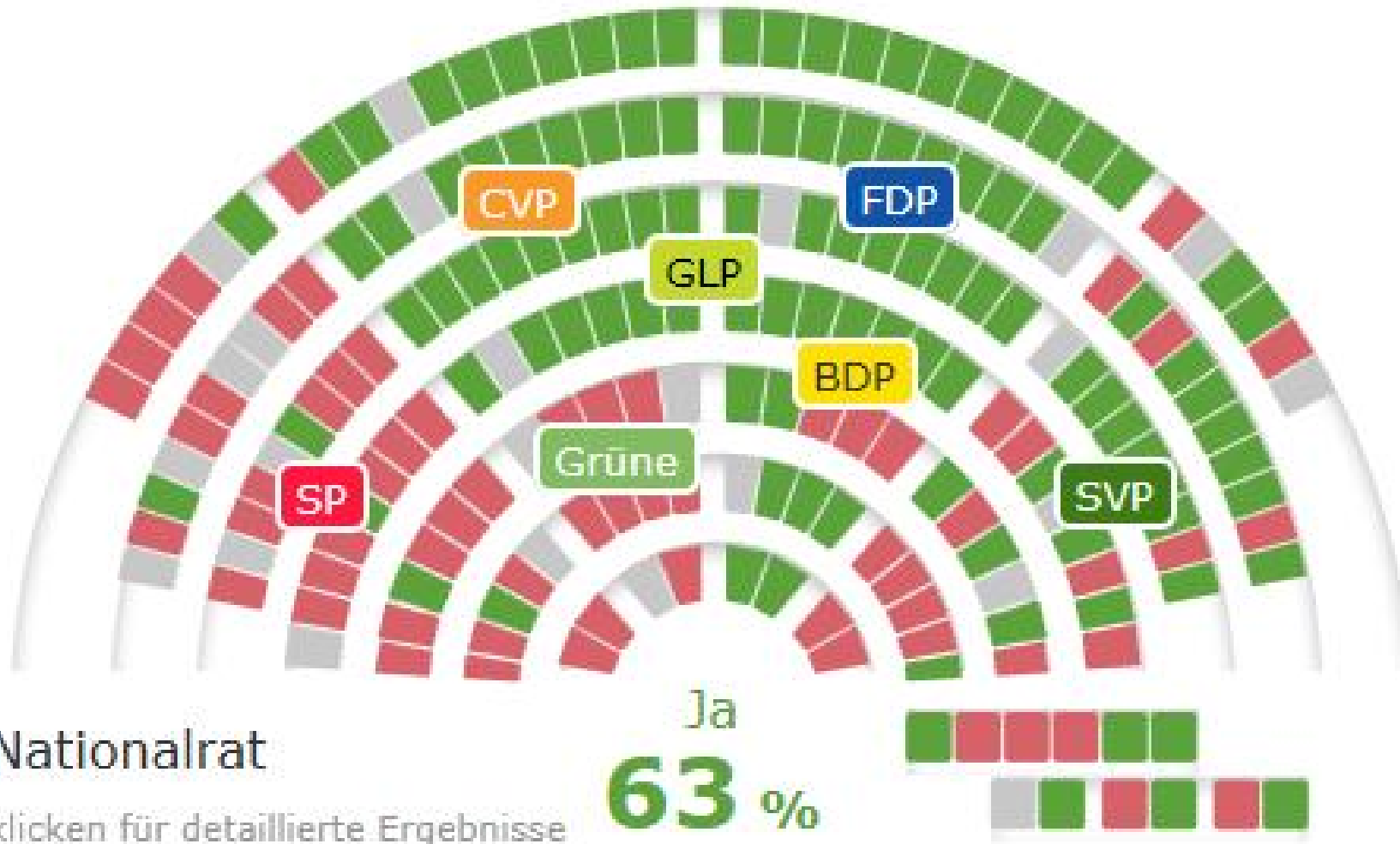
- Der Fluglärmstreit mit Deutschland dauert bereits Jahrzehnte. 1984 konnte zwischen der Schweiz und Deutschland eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen werden, die Deutschland 2000 aber aufgrund von Differenzen über die Auslegung und wegen des zunehmenden Verkehrs kündigte. Einen Staatsvertrag, den die Verkehrsminister beider Länder im Jahr 2001 abschlossen, lehnten die eidgenössischen Räte 2003 ab. Daraufhin regelte Deutschland den An- und Abflugverkehr des Flughafens Zürich über deutschem Territorium einseitig.
- Kernelement des Staatsvertrags ist die Festlegung von Zeiträumen, in denen der Flughafen Zürich nicht von Norden her angeflogen wird: Die entsprechende Sperrzeit dauert von 18 Uhr bis 6.30 Uhr. Dadurch sinkt im Vergleich zu heute die Zahl der Nordanflüge über Deutschland. Ausserhalb der Sperrzeiten kann sich die Zahl der Anflüge entsprechend der Entwicklung des Flughafens bewegen, soweit dies die begrenzte Kapazität des Flughafens noch zulässt.
- Der Vertrag hat zur Folge, dass inskünftig ab 18 Uhr grundsätzlich andere Anflugverfahren als der Nordanflug zur Anwendung kommen (Ostanflugkonzept und Pistenverlängerung).
- Die SVP Nationalräte waren in diesem Geschäft je nach Wohnkanton gespalten, da die Flugläрмаuswirkungen des neuen Vertrags je nach Kanton sehr unterschiedlich sind.
- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Ratifikation zugestimmt. Beigelegt ist der Fluglärmstreit nun allerdings nicht, da das Abkommen in Deutschland auf Eis liegt.

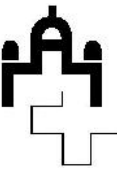
## Position der SVP

## Ergebnis in den Räten



# Während die Linken gegen den Fluglärmvertrag stimmten, war die SVP in dieser Frage gespalten





# Die Swissnes Vorlage zum Schutz der Marke Schweiz schießt nach unzähligen Abänderungen über das Ziel hinaus

## Worum es geht

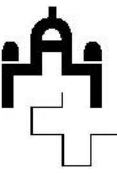
- Der Nationalrat behandelte dieses Geschäft zum ersten Mal in der Frühlingsession 2012, wobei sich gewisse Differenzen zum Ständerat ergaben.
- In der Zwischenzeit wurden im Differenzbereinigungsverfahren fast alle Differenzen ausgeräumt, während die letzten Differenzen während der Sommersession 2013 noch ausgeräumt werden.

## Position der SVP

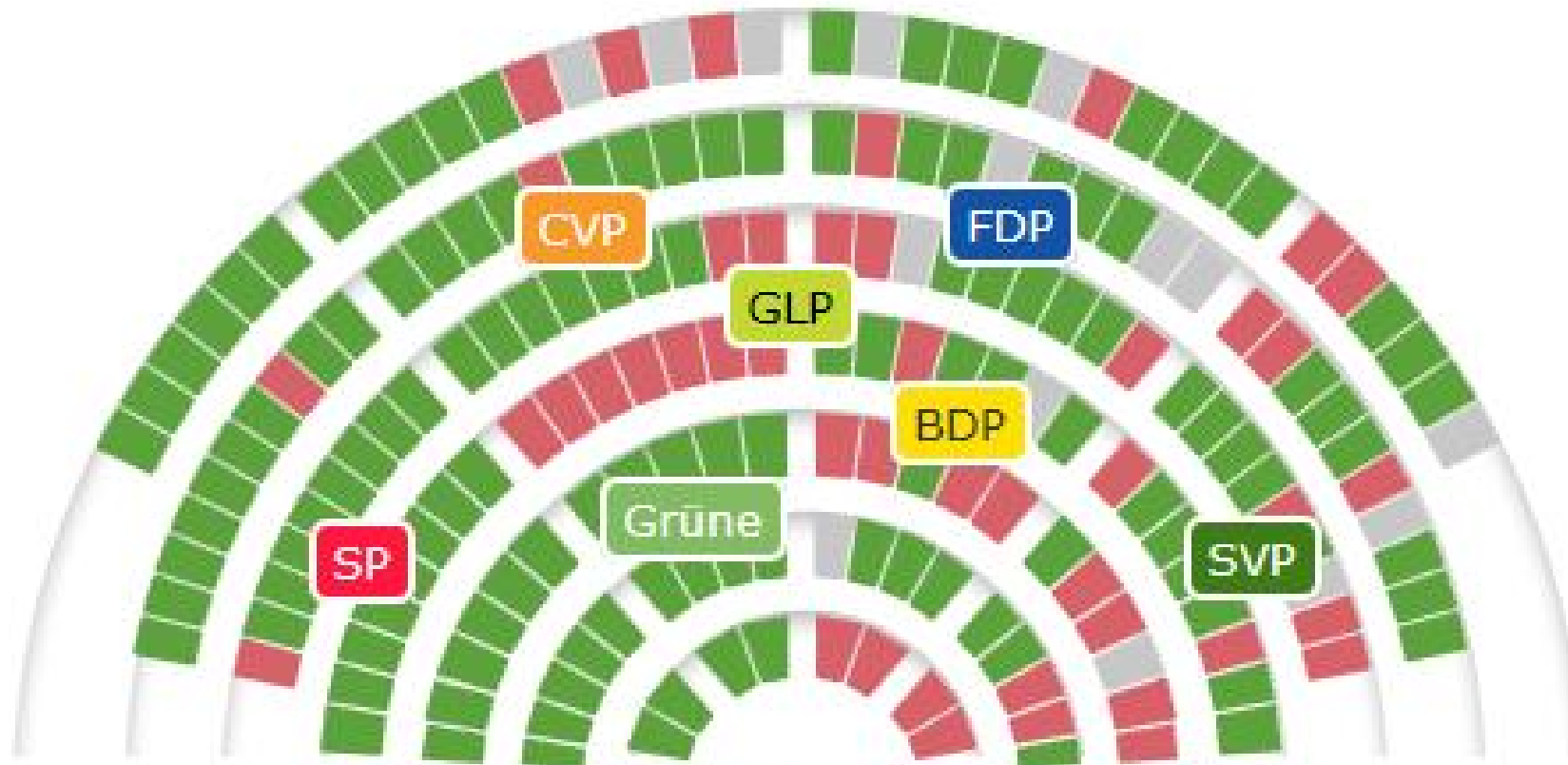
- Die SVP ist bei der Swissness Vorlage gespalten. Ursprünglich befürwortete sie den besseren Schutz der Marke „Schweiz“. In der Zwischenzeit scheinen jedoch für gewisse Produkte die Hürden für den Stempel „Schweiz“ viel zu hoch festgesetzt worden sein. Dies wird vor allem Schweizer Produzenten, welche stark exportorientiert sind, schaden, da die Swissness-Vorlage auch die für die Doppelbesteuerungsabkommen relevanten die Ursprungsregeln betreffen.

## Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat folgte entgegen dem Willen der SVP bei der Swissness-Vorlage zum Schutz der Marke "Schweiz" dem Nationalrat und hiess strengere Regeln bei den industriellen Produkten gut. Diese dürfen somit künftig nur dann als schweizerisch angepriesen werden, wenn mindestens 60% der Herstellungskosten in der Schweiz anfallen. Der Ständerat hatte die Hürde im Sinne der SVP ursprünglich bei 50% setzen wollen, da man befürchtet, dass die Hürden für den Stempel „swiss made“ zu hoch angesetzt würden.
- Bei der letzten Differenz beschloss der Nationalrat, dass tierische Produkte dann als "Swiss Made,, gelten, wenn das Tier in der Schweiz gehalten wurde. Bisher wollte der Nationalrat auf den Ort der Aufzucht abstellen.



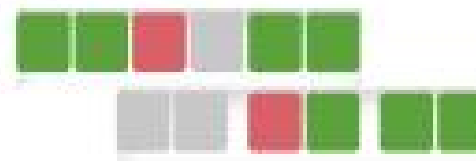
In der SVP stimmten vor allem landwirtschaftliche Kreise der Swissness Vorlage zu, während andere Kreise diese ablehnten

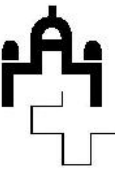


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**74%**





# Die SVP Familieninitiative fordert das Ende der steuerlichen Diskriminierung von traditionellen Familien

## Worum es geht

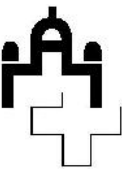
- Die SVP Familieninitiative fordert, dass „Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.“
- Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession 2009 entschieden, dass nur die nachgewiesenen Kosten bis zu 10'000 Franken pro Jahr für die Drittbetreuung von Kindern vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können (Art. 33. Abs. 3 bzw. Art. 212 Abs. 2bis DBG).
- Die Kantone werden mit diesem Bundesbeschluss (Steuerharmonisierungsgesetz) ebenfalls verpflichtet, einen entsprechenden Fremdbetreuungszug auch im kantonalen Recht einzuführen. Die Obergrenze können sie jedoch frei festlegen.
- Die SVP ist in den eidgenössischen Räten mit ihrem Antrag, den Betreuungsabzug allen Familien zugute kommen zu lassen, gescheitert.

## Position der SVP

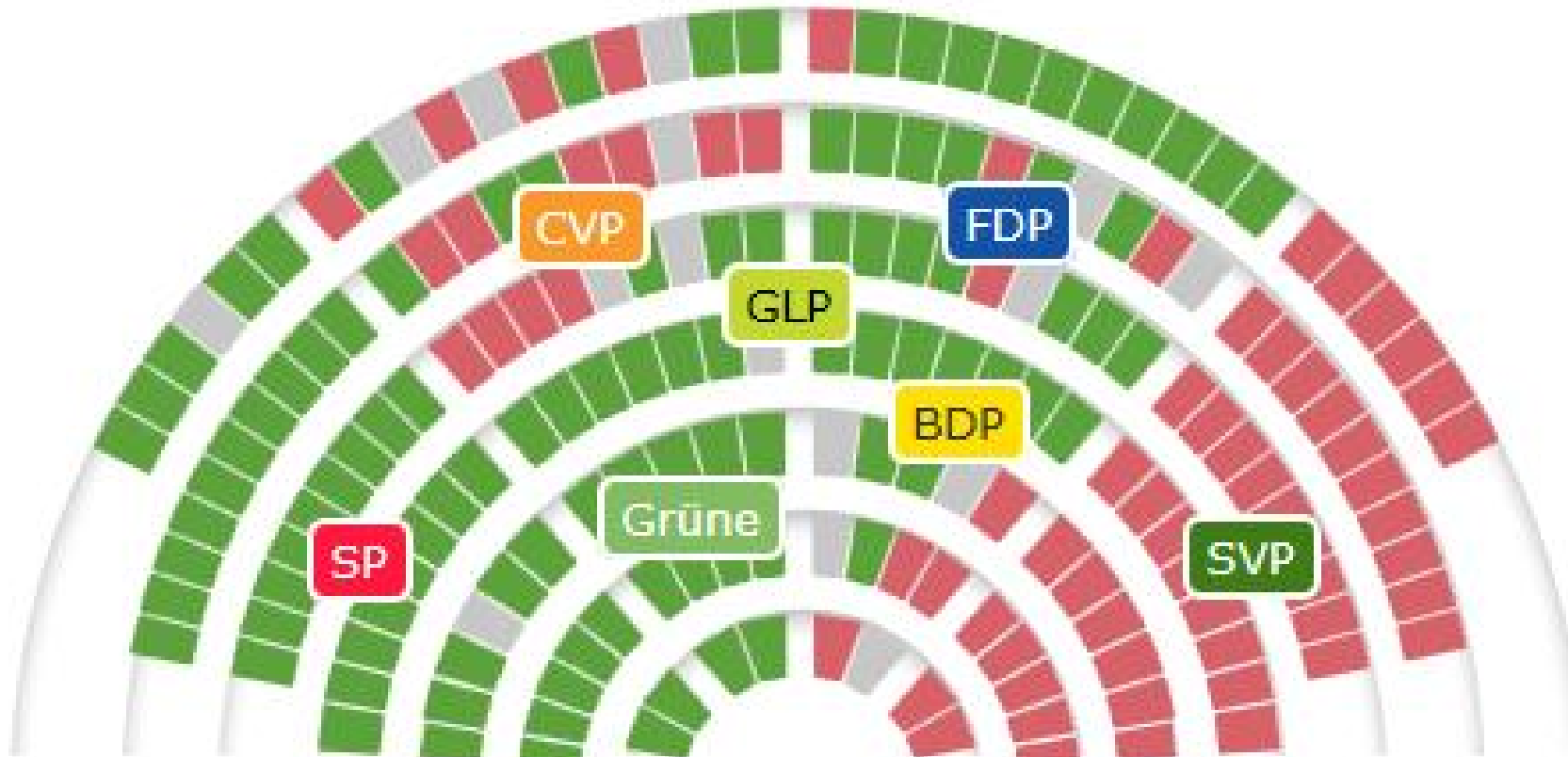
- Die SVP sagte einstimmig JA zur SVP Familieninitiative.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat sagt mit 109 zu 74 Stimmen bei 6 Enthaltungen Nein zur Familieninitiative der SVP. Die Ratsmehrheit aus Linken, FDP, GLP und BDP hält einen Steuerabzug für die Selbstbetreuung des Nachwuchses für nicht notwendig und stimmt der Diskriminierung der traditionellen Familie zu.
- Streitpunkt waren auch die Finanzen. Die geschätzten Steuerausfälle von 1,4 Milliarden Franken bei Bund und Kantonen wurden ebenfalls als Gegenargument angeführt.
- Über die Familieninitiative wird wohl noch in diesem oder im nächsten Jahr abgestimmt.



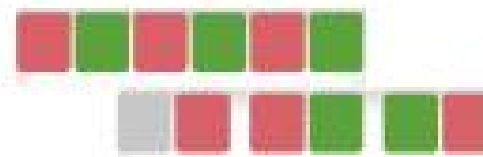
Die SVP Familieninitiative wurde von der CVP mit einigen Gegenstimmen unterstützt - FDP, BDP und die Linke lehnten sie ab



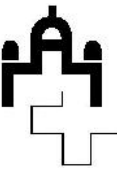
Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**60 %**







# Die Masseneinwanderungsinitiative der SVP fordert, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern kann

## Worum es geht

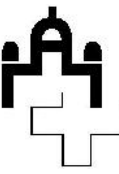
- In den letzten fünf Jahren sind offiziell über 380'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Zürich.
- In nur sechzig Jahren hat sich der Ausländeranteil in der Schweiz knapp vervierfacht. Und dies, obwohl noch nie so viele Personen eingebürgert wurden.
- Die Folgen der ungebremsten Zuwanderung sind: überfüllte Strassen und Züge, explodierende Mieten und Bodenpreise. Zuwanderer aus der EU verdrängen Arbeitnehmer aus Drittstaaten, die wiederum nicht in ihre Heimatländer zurückkehren und die Sozialwerke belasten. Die Löhne geraten unter Druck. Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität steigen.
- Die SVP Masseneinwanderungsinitiative will, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern wieder eigenständig steuern kann, und dass die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt wird.

## Position der SVP

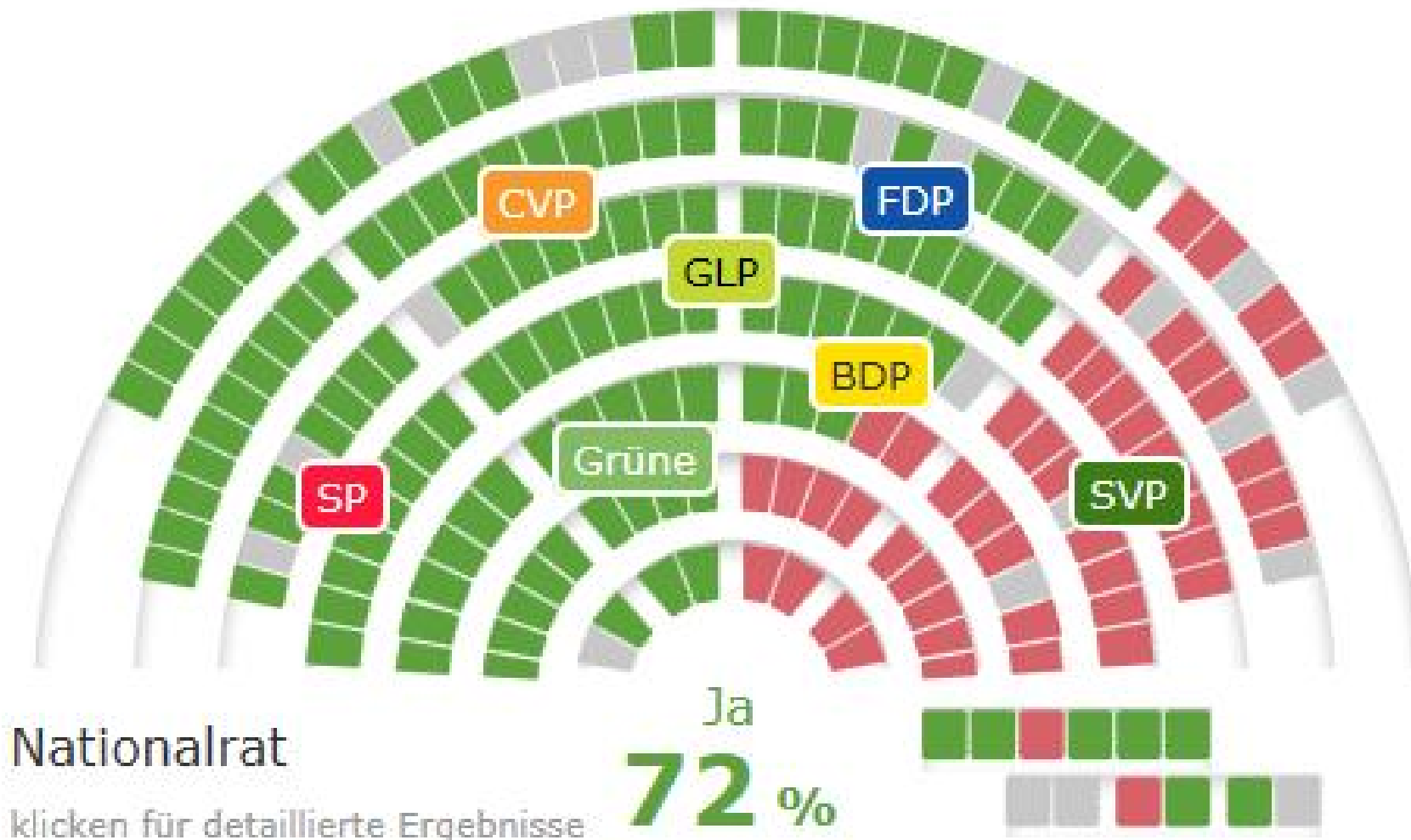
- Die SVP sagte einstimmig JA zur SVP Masseneinwanderungsinitiative, damit die Zuwanderung in die Schweiz wieder eigenständig gesteuert werden kann.

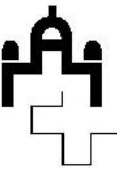
## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat lehnt die Masseneinwanderungsinitiative der SVP mit 128 zu 49 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Der Abstimmung ging eine gut siebenstündige Diskussion mit über 60 Rednern voraus, rund 30 Redner stellte die SVP-Fraktion. Mit der Initiative soll die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern können.



# Die SVP kämpfte als einzige Partei für die Begrenzung der Einwanderung und sagte Ja Masseneinwanderungsinitiative





# Die Forderung des Nationalrats nach einer Aufgabenüberprüfung beim Bund kommt nicht vom Fleck

## Worum es geht

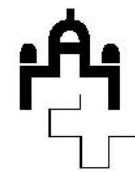
- Die SVP unterstützte eine Motion der Finanzkommission im Jahr 2011, welche die Aufgabenüberprüfung fortsetzen und Einsparungen von mindestens CHF 1 Milliarde pro Jahr beim Bundeshaushalt finden wollte.
- Als Antwort auf diese Motion präsentierte der Bundesrat das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014.

## Position der SVP

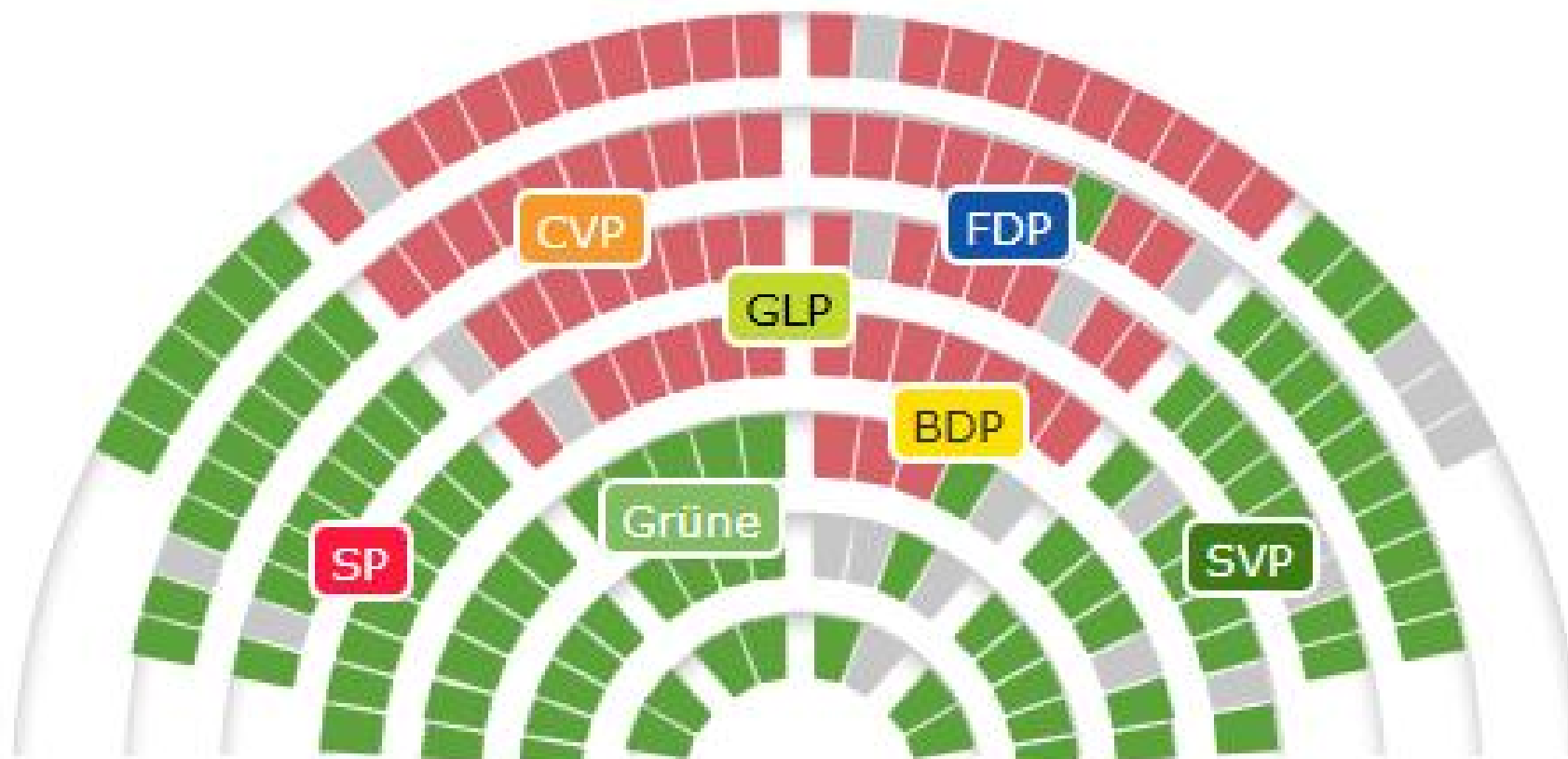
- Die SVP lehnte das vorgeschlagene KAPG 2014 ab, da keine echte Aufgabenüberprüfung vorgenommen wurde. Stattdessen wurden Ausgaben um einige Jahre nach hinten geschoben und bei der grössten „Kostensparnis“ wurde einfach Geld von der AHV zum Bundeshaushalt transferiert (über eine Senkung des Verzinsungszinssatzes).
- In ihrem Rückweisungsantrag forderte die SVP, dass das Ausgabenwachstum für die Periode 2014-16 auf maximal das effektive Wirtschaftswachstum beschränkt würde, und dass die Personalausgaben um ca. 20% gesenkt würden.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat wies das SVP das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket an den Bundesrat zurück, mit dem Auftrag verschiedene Varianten (einnahmen- und ausgabenseitig) vorzulegen. Die Rückweisung wurde von der SP und der SVP unterstützt.
- Als nächstes geht dieses Geschäft nun in den Ständerat.



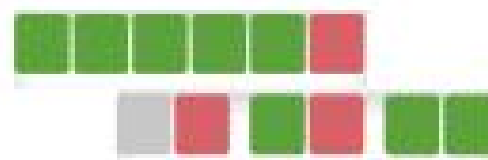
# Die SVP und die Linke wiesen das KAPG 2014 aus unterschiedlichen Gründen an den Bundesrat zurück

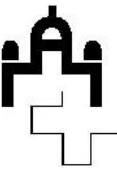


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**59** %





# Im Gegensatz zum Nationalrat möchte der Ständerat bei der Pädophilen-Initiative einen Gegenvorschlag ausarbeiten

## Worum es geht

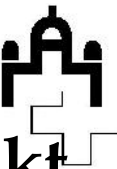
- Die Pädophilen-Initiative der Organisation Marche Blanche verlangt für pädosexuelle Straftäter zwingend ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot im Umgang mit Kindern. Nachdem sich der Nationalrat nicht auf eine Version für einen Gegenvorschlag einigen konnte, beschloss er die Unterstützung der Initiative in der Frühlingssession.
- Das Geschäft kam nun in den Ständerat.

## Position der SVP

- Die SVP unterstützt die Pädophilen-Initiative der Organisation Marche Blanche, welche für pädosexuelle Straftäter zwingend ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot im Umgang mit Kindern verlangt.

## Ergebnis in den Räten

- Im Gegensatz zum Nationalrat will der Ständerat einen direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" ausarbeiten lassen. Dies hat er mit 23 zu 21 Stimmen beschlossen.
- Gleichzeitig hat der Nationalrat unter anderem Kontakt- und Rayonverbote beschlossen, sowie einen speziellen Strafregisterauszug für Personen, die mit Minderjährigen oder anderen schutzbedürftigen Personen arbeiten. Jene Bestimmungen, die sich mit dem Berufsverbot der Initiative überschneiden, will der Nationalrat separat behandeln.



# Die Reform der Mehrwertsteuer fand keine Mehrheit – das Projekt von alt Bundesrat Merz ist damit wohl endgültig gescheitert

## Worum es geht

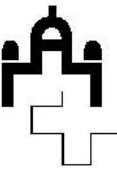
- In der Schweiz gibt es heute drei Sätze für die Mehrwertsteuer: Den Normalsatz von 8 Prozent, den Beherbergungssatz von 3,8 Prozent sowie den reduzierten Satz von 2,5 Prozent für Güter des täglichen Gebrauchs.
- Der frühere Finanzminister Hans-Rudolf Merz wollte dieses System durch einen Einheitssatz von 6,5 Prozent ablösen. Im Dezember 2011 sagte der Nationalrat Nein zum Mehrwertsteuer-Einheitssatz. Für den Einheitssteuersatz plädierten nur die FDP und die Grünliberalen.
- Nach dieser Ablehnung des Einheitssteuersatzes beauftragte das Parlament den Bundesrat, ein Zwei-Satz-Modell unter Beibehaltung der meisten Steuerausnahmen auszuarbeiten.

## Position der SVP

- Die SVP lehnte dieses Zwei-Satz-Modell ab, da damit die Beherbergungsdienstleistungen billiger, die Güter des täglichen Gebrauchs jedoch teurer geworden wären.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat will ebenfalls nichts mehr wissen von der Mehrwertsteuer-Reform mit zwei Sätzen und trat im Sinne der SVP nicht auf die Vorlage ein. Stattdessen setzt er auf eine Lösung der WAK, die den Bundesrat beauftragt, eine Mini-Revision mit den nicht umstrittenen Punkten vorzulegen. Das Geschäft geht in den Ständerat.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/2)

### Verstärkung der Grenzkontrollen

- Die Grenzkontrollen zu Staaten, die das Dublin-Abkommen nicht befriedigend umsetzen, sollen verstärkt werden. Der Ständerat hat eine Motion der nationalrätlichen staatspolitischen Kommission, welche auf einen Antrag der SVP zurückgeht, mit 17 zu 6 Stimmen als Zweitrat überwiesen.

### Kein Vermummungsverbot

- Der Ständerat hat eine Motion von Hans Fehr für ein nationales Vermummungsverbot mit 27 zu 3 Stimmen abgelehnt. Der Vorstoss, welcher vom Nationalrat angenommen worden war, ist damit gescheitert.

### MwSt. Sondersatz

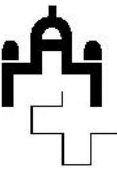
- Sowohl der National- als auch der Ständerat haben sich für die Verlängerung des MwSt.-Sondersatzes für die Hotellerie von 3,8% bis 2017 ausgesprochen.

### Ärzte-Stopp

- Das Parlament hat einem erneuten Zulassungsstopp für Spezialärzte ab dem 1. Juli für eine Dauer von drei Jahren zugestimmt. Ausgenommen sind Ärzte, die sich in der Schweiz weitergebildet haben.

### Gemeinsames Sorgerecht

- Eltern sollen bei der Scheidung künftig gemeinsam das Sorgerecht für ihre Kinder erhalten. Dieser Grundsatz wird mit einer Änderung des Zivilgesetzbuchs eingeführt. Das Sorgerecht wird den Eltern aber nur dann gemeinsam zugeteilt, wenn sie einen gemeinsamen Antrag stellen und sich über Unterhalt und Betreuung einigen können.
- Der Nationalrat schwenkte auf die Linie des Ständerats ein und entschied, dass nur diejenigen Eltern, deren Scheidung nicht mehr als fünf Jahre zurückliegt, das Sorgerecht vor Gericht neu verhandeln können.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/2)

### Abzüge für Aus- & Weiterbildung

### Solidaritätsprozent für Arbeitslose

### Sozialhilfe nicht eidgenössisch regeln

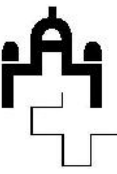
### Rechte von Menschen mit Behinderungen

### Menschenrechte und Umwelt

- Der Nationalrat ist in der Frage der Steuerabzüge für Aus- und Weiterbildungskosten dem Ständerat entgegengekommen. Damit sollen höchstens 12'000 CHF abgezogen werden dürfen. Bisher hatte er sich gegen eine Obergrenze für den Steuerabzug ausgesprochen.
- Der Ständerat hat als Zweitrat einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Grossverdiener künftig mehr in die Arbeitslosenkasse einzahlen müssen. Neu wird auch auf Lohnanteilen von Jahreslöhnen über 315'000 CHF ein Solidaritätsprozent erhoben. Die Vorlage wird entgegen dem Willen der SVP angenommen.
- Die Sozialhilfe soll nicht auf eidgenössischer Ebene geregelt werden. Der Ständerat sprach sich im Sinne der SVP gegen ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe aus und stellte sich damit gegen den Nationalrat. Die Motion ist damit gescheitert
- Der Nationalrat hat den Beitritt der Schweiz zum internationalen Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen als Erstrat mit 119 zu 68 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen.
- Die SVP stellte sich klar dagegen und plädierte dafür, das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen, da damit Menschen mit Behinderung künftig einen Anspruch auf den Besuch einer Regelschule geltend machen könnten.
- Schweizer Firmen sollen die Menschenrechte und die Umwelt weltweit respektieren. Anders als der Nationalrat hat der Ständerat nun entgegen dem Willen der SVP mit 16 zu 15 Stimmen seine APK beauftragt, einen Vorstoss zur Petition der Kampagne "Recht ohne Grenzen" auszuarbeiten. Ziel ist eine gesetzliche Grundlage, um Muttergesellschaften für Tätigkeiten ihrer Tochterfirmen zur Verantwortung ziehen zu können.



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**



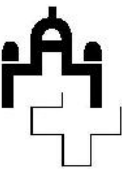
# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 9. – 27. September 2013**
- **Wintersession: 25. November – 13. Dezember 2013**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
  - Anmeldung unter [besucherdienst@parl.admin.ch](mailto:besucherdienst@parl.admin.ch) oder 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
  - E-Mail an mich: [thomas@aeschi.com](mailto:thomas@aeschi.com)
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle



**Haben Sie Fragen?**